



Emil Frey AG, Ebikon

Luzerner Zeitung

Dienstag, 12. März 2019

AZ 6002 Luzern | Nr. 59 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



FCL-Goalgetter
Pascal Schürpf ist der gefeierte Basler beim FC Luzern. 40

Mit 14 Jahren an die Urne

Mitsprache Die Klimabewegung der Jugend verleiht der Forderung nach einem tieferen Stimmrechtsalter Flügel.

Von Yannick Nock und Patrik Müller

Die andauernden Schülerproteste befeuern nicht nur die Klimadebatte, sie rücken auch das Stimmrechtsalter wieder in den politischen Fokus. Die aktuellen Ereignisse würden zeigen, dass schon bei Zehn- bis Zwölfjährigen ein politisches Interesse vor-

handen sei, sagt der renommierte deutsche Jugendforscher Klaus Hurrelmann. Demnach könnten Jugendliche von diesem Alter an einschätzen, worum es bei einem Thema geht und worauf es bei einer Wahl ankommt. «Ich bin der Auffassung, dass man auf 14 Jahre heruntergehen könnte.»

Die Forderung findet auch hierzulande Gehör. Für die jüngste Parlamentarierin der Schweiz, Samira Marti (SP/BL), ist das Stimmrechtsalter 14 begrüssenswert und eine Vision für die Zukunft. Wenn dies allerdings nicht möglich sein sollte, müsse das Stimmrechtsalter zumindest auf 16 gesenkt werden. «Die Zeit ist reif dafür.»

Jugendliche sollen ein Mitspracherecht erhalten

Unterstützung kommt von Nationalrätin Irène Kälin (Grüne/AG), die sich ebenfalls für eine Senkung ausspricht. «Es ist falsch, die Jugend als unpolitisch zu bezeichnen.» Auch der Dachverband der Jugendorganisationen glaubt, dass viele Schüler mit 14 reif genug seien, um abzustimmen. «Jugendliche, die sich mit einem Thema auseinandersetzen, sollten ein Mitspracherecht haben.»

Kommentar 6. Spalte 3

«Es ist falsch, die Jugend als unpolitisch zu bezeichnen.»



Irène Kälin
Nationalrätin Grüne (AG)

Premiere im 60-Millionen-Bau von Oberkirch



Schwimmen In Oberkirch steht nun das einzige 50-Meter-Becken der Zentralschweiz bereit. Am Wochenende fand der Regionale Jugendcup statt. Das war zugleich die Hauptprobe für einen internationalen Wettkampf im April. 35

Bild: Manuela Jans-Koch (Oberkirch, 9. März 2019)

Kommentar

Die Jugend einbinden

Das Thema wurde schon von höchster Stelle vorangetrieben. Im Jahr 2014 plädierte der damalige Bundespräsident Didier Burkhalter dafür, 16-Jährige abstimmen zu lassen. Dadurch wollte er die Verantwortung der Jugend für die Gesellschaft fördern. Aus dem Vorhaben wurde allerdings nichts, wie so oft in den vergangenen Jahren. Ausser im Kanton Glarus, wo 16-Jährige an die Urne dürfen, ist überall die Volljährigkeit Voraussetzung, um abstimmen zu dürfen. Dabei sollte ein tieferes Stimmrecht heute kein Tabu, sondern vielmehr eine Debatte wert sein.

Alte Vorurteile zerbröseln gerade in Anbetracht der neuen Klimabewegung. Dass die Jugendlichen politisch desinteressiert sein sollen, widerlegen sie auf den Strassen. Sie sind aktiver als so mancher Stimmberechtigter und wollen sich politisch beteiligen.

Solange die Jugendlichen nicht an die Urne dürfen, bleiben Proteste eines der wenigen Mittel, um sich Gehör zu verschaffen. Zudem würden mehr junge Stimmberechtigte dem politischen Prozess guttun. Seit Jahren steigt der Altersdurchschnitt der Wähler. Und mit den Babyboomern geht eine Generation in Rente, die über Jahre jede Abstimmung dominieren wird. Die Anliegen der Jungen drohen unterzugehen.

Die politische Partizipation sollte deshalb nicht nur eine Frage des Alters sein, sondern auch eine der Kenntnisse und des Verhaltens. Während heute viele 18- bis 25-Jährige den Urnen fernbleiben, muss die kommende Generation, die gerade ihren politischen Willen beweist, Gehör finden. Ansonsten droht aus der Lust auf Politik schnell Frust zu werden.



Yannick Nock
yannick.nock@chmedia.ch

Urteil fordert Gemeinden heraus

Kanton Luzern Eine Umfrage bei Luzerner Gemeinden zeigt: Das Bundesgerichtsurteil zu den Prämienverbilligungen belastet sie finanziell. Während mehr Familien von einer Entlastung profitieren, erwarten die Gemeinden deutlich schlechtere Ergebnisse – zumal der Mehraufwand nicht budgetiert wurde. Die Gemeinden haben für die letzten zwei Jahre Rückstellungen in der Höhe von 8,65 Millionen Franken getätigt, für das Budget 2019 werden Mehrbelastungen von rund 3,5 Millionen erwartet. (rt) 26

Kanton Luzern hat 46 Verbrecher ausgeschafft

Kriminalität Im Zeitraum von Anfang Oktober 2016 bis Mitte Oktober 2018 haben 51 ausländische Kriminelle von den Luzerner Behörden einen Landesverweis erhalten. Dies heisst es in einer soeben veröffentlichten Antwort des Luzerner Regierungsrats. 46 dieser kriminellen Ausländer sind tatsächlich ausgeschafft worden.

Hintergrund ist die Ausschaffungs-Initiative, welche 2010 angenommen wurde und mit dem Gesetz per Oktober 2016 in Kraft trat. Sie sieht vor, kriminelle Aus-

länder einfacher ausschaffen zu können. SVP-Kantonsrat Pius Müller (Schenkon) wollte diesbezüglich vom Regierungsrat wissen, wie viele kriminelle Ausländer von den Luzerner Behörden ausgeschafft worden sind. Ein Gesamtbild bezüglich Auswirkungen der Initiative sei aber noch nicht möglich, sagt Christian Renggli, stellvertretender Generalsekretär des Luzerner Kantonsgerichts. Gerade Fälle von gravierender Kriminalität seien oft noch nicht abgeschlossen. (mst) 21

Rahmenabkommen: Parteien kritisieren Bundesrat

Bern Vertreter verschiedener Parteien haben gestern in Bern im Gespräch mit den Bundesräten Cassis, Maurer und Parmelin ihre Positionen zum Rahmenabkommen mit der EU dargelegt. Jede Partei habe zehn Minuten Zeit gehabt, ihre Position dem Bundesrat darzulegen, sagten Parteienvertreter im Anschluss an die Konsultation.

Die Parteien haben bei der Konsultation einmal mehr den Ball dem Bundesrat zugespielt. Die SP verlangte zusätzliche Ab-

klärungen durch die Verwaltung, bevor sie definitiv Position zum Abkommen beziehe. Auch Balthasar Glättli, Fraktionspräsident der Grünen, betonte, es sei die Aufgabe des Bundesrates, offene Fragen zu klären. Erst dann könne man sich seriös eine Meinung bilden. «Würde der Bundesrat führen, wäre man jetzt nicht in dieser Situation», erklärte Glättli. Kritik erntete der Bundesrat auch von den Grünliberalen. Die Landesregierung lasse «jedes Leadership vermissen». (sda) 5



Inhalt Börse 10 Piazza 13-15 Rätsel 32
Agenda 30 Forum 12 Ratgeber 19 Todesanzeigen 16/17

TV/Radio 28
Wetter 19

Abonnemente 041 429 53 53, E-Mail: leserservice@lzmedien.ch, Internet www.luzernerzeitung.ch
Redaktion 041 429 51 51, redaktion@luzernerzeitung.ch, Inserate 041 429 52 52, inserate@lzmedien.ch